

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Oskische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Kernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in R.M.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Koylapper

Anzeigenpreis (in R.M.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 203 Bad Schandau, Mittwoch, den 31. August 1927 71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Nach einer Meldung aus London haben nunmehr sechs Kanalschwimmer, die vorgestern und gestern von Cap Grisnez starteten, bis auf die Engländerin Mona Maclellan den Versuch der Kanalüberquerung aufgegeben und sind in ihren Begleitbooten nach Frankreich zurückgekehrt, da sich am Nachmittag ein starker Wind erhob, der sich bald zum Sturm versteifte. Von der Engländerin fehlt zurzeit noch jede Nachricht.

* In Brüssel stießen gestern zwei Straßenbahnzüge zusammen, wobei 20 Personen verletzt wurden, davon zwei schwer.

* Das Schanghaier Sowjetkonsulat meldet, daß Hantau am Sonnabend in die Hand einer Abteilung von 8000 Mann der Armee des Christengenerals Fengyuhsang gefallen sein soll. Der führende General der Hantauarmee, General Tangjengtschi, soll sich in Lebensgefahr befinden. Sein Gefolge soll bereits erschossen sein.

Wallstreet und Dawesplan.

Von Arthur Zmarzly.

Ueber die vorläufige Regelung der deutschen Kriegsschuldzahlung durch den Dawesplan ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Die Fülle dieser Äußerungen steht aber in keinem gesunden Verhältnis zu dem Verständnis, das dem die wirtschaftliche und politische Zukunft Deutschlands beherrschenden Reparationsproblem in der breiten Öffentlichkeit entgegengebracht wird. Die Schuld daran trägt die subjektiv falsche Einstellung, die aus den meisten Verlautbarungen dieser Art spricht. Der wiederholte Hinweis, daß die festgesetzten Jahresleistungen von der deutschen Wirtschaft ohne schwerste Schädigungen nicht getragen werden können, läßt die Beweggründe außer acht, von denen sich die Schöpfer des Londoner Vertrages leiten ließen. Er engt das Blickfeld ein und löst Hoffnungen aus, die weitere Volkskreise veranlassen, das Reparationsproblem von der leichtesten Seite aus zu betrachten: Die Verpflichtungen sind unerfüllbar, also muß der Dawesplan abgeändert werden. Die Sachlage wird aber nicht durch die Fragestellung: Muß der Zahlungsplan erleichtert werden? unrisen, sondern durch die Frage: Wann wird die Revision erfolgen? Die Macht, diesen Zeitpunkt zu bestimmen, hat aber die Wallstreet.

Die Londoner Verhandlungen, die zum Abschluß des Dawesvertrages führten, standen infolge der Verschuldung Europas unter der Führung seiner Gläubiger, der Vereinigten Staaten. Der Dawesplan ist echt amerikanisches Gewächs, finanzpolitisch wie wirtschaftlich. Die politische Lage Europas trieb nach der Ruhrbesetzung, die erst den Anfang einer hemmungslosen Sozialpolitik Frankreichs bildete, einer neuen Katastrophe entgegen. Es bestand die Gefahr, daß durch diese Entwicklung den amerikanischen Gläubigern das Kriegsgeschäft vernichtet werden und der amerikanischen Wirtschaft die europäischen Absatzgebiete in dem drohenden Chaos auf Jahre hinaus verloren gehen könnten. Diesen Zustand trafen die Finanz- und Wirtschaftsfachverständigen der Vereinigten Staaten in London an. Es ist, vom amerikanischen Standpunkt aus gesehen, bewundernswert, wie sie die Lage meisterten, Europa zu einer politischen Atempause zwangen und den Vertrag in allen Einzelheiten ihren Absichten und Wünschen dienstbar machten. Der Dawesplan ist das Werk amerikanischen Geschäftsgenies, der Europa, und das ist seine historische Bedeutung, über unerträgliche politische Zustände hinweghelfen.

Es wird oft die Frage aufgeworfen, ob die Schöpfer des Vertrages, als sie die Jahreszahlungen festlegten, selbst an die gigantische Kraft der zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft glaubten, die solche Leistungen voraussehen. Wenn man die Bestimmungen des Dawesplanes nach dem üblichen Schema auslegt, mag diese Frage eine gewisse Berechtigung besitzen. Es dürfte keinen Wirtschaftskenner geben, der behaupten möchte, die deutsche Wirtschaft werde in absehbarer Zeit in der Lage sein, die 2½ Milliarden Mark des normalen Planjahres aus dem Ausfuhrüberschuß zu tilgen. In der ersten Hälfte dieses Jahres beträgt die Passivität der deutschen Handelsbilanz fast zwei Milliarden Mark. Es wird umfassender finanz- und handelspolitischer Maßnahmen bedürfen, um in den nächsten Jahren die Ein- und Ausfuhr auszubalancieren. Unsere Handelsbilanz müßte aber mit 8 Milliarden Mark aktiv sein, sollten die Jahreszahlungen aus dem Ausfuhrüberschuß gedeckt werden. Daran, daß diese Steigerung erreicht werden wird, hat natürlich kein einziger Sachverständiger in London gedacht, und wenn es doch einige gegeben haben sollte, die an diese Möglichkeit glaubten, so war sicherlich kein Vertreter der Vereinigten Staaten darunter. Deutschland führt schon seit langer Zeit Zahlungen an den Reparationsagenten ab trotz der bedenklichen Lage unserer Handelsbilanz. Diese Uebertragung vollzieht sich fast geräuschlos. Wenn unseren Reichsbankpräsidenten auch manche Sorgen plagen, so findet er trotzdem noch den Mut, zu erklären, daß Deutschland die Zahlungen ausbringen könne und werde. Darin hat Herr Dr. Schacht recht. Die Aufbringung der jetzigen Zahlungen und der 2½ Milliarden Goldmark vom 1. September 1928 ab ist, finanzpolitisch gesehen, nur eine

Steuer- und Tariffrage, die keine großen Schwierigkeiten bietet. Der heikelste Punkt des Dawesplans ist aber der Transfer, denn unsere Gläubiger haben kein großes Interesse an so hohen Marktbeträgen. Aber auch diese 2½ Milliarden können in fremde Wäluen umgewandelt werden, zwar nicht aus dem deutschen Ausfuhrüberschuß, sondern aus den Mitteln, die uns das Ausland, besonders die Wallstreet, zur Verfügung stellt. Der Sinn des Dawesplans ist, daß die amerikanische Finanz die von der deutschen Wirtschaft nicht zu transferierenden Beträge mittels Anleihen übernimmt und uns auf Schuldkonto setzt. Unsere Reparationszahlungen werden in erheblichem Umfange dadurch in Schulden bei der amerikanischen Finanz umgewandelt.

Die U. S. A. als Finanzier und Großgewinner des Weltkrieges haben trotz der Thesaurierungsbestrebungen der goldhungrigen Länder und trotz der sehr hohen von ihnen gegebenen Auslandsanleihen ein weiteres Anwachsen ihres Goldvorrats zu verzeichnen, der sich seit 1923 um fast 1,5 Milliarden auf 19,2 Milliarden erhöht hat. Eine derartige Goldansammlung hat Schwierigkeiten zur Folge, die sich nach dem Kriege schon in mehrfacher Weise äußerten. Deutschland ist den Vereinigten Staaten deshalb als Großanleihenehmer willkommen, denn es verhindert ein weiteres Sinken der Zinssätze. Der Dawesplan ist das Ventil des überfüllten Kapitalmarktes der U. S. A. und läßt die damit verbundenen Gefahren nicht akut werden. Diese Zusammenballung gewaltiger Kapitalmengen wird in den nächsten Jahren auch durch vermehrte Gewährung von Krediten nicht geringer werden, da der größte Teil der Summen, welche die Wallstreet uns zum Ausleih der Reparationszahlungen borat, wieder nach den Vereinigten Staaten zurückfließt, und zwar als Zinsen und Tilgungsbeträge der Kriegsschulden unserer europäischen Reparationsgläubiger in Amerika.

Die Finanzleute der Wallstreet haben also vorläufig kein Interesse an einer Revision und Erleichterung des Vertrages. Sie verkürzen die bedenklich breite Kapitaldecke ihrer Wirtschaft und machen dabei noch ein ansehnliches Zinsgeschäft. Nach ihrer Ueberzeugung wird die Maschinerie des Planes funktionieren und unter dem kritischen Punkt bleiben.

der bestimmungsgemäß die Abänderung des Planes herbeiführt. Dieser Revisionszwang tritt dann ein, wenn die Goldmarkbeträge im Portefeuille des Reparationsagenten, die sich nicht transferieren lassen, die Höhe von 5 Milliarden erreicht haben. Es ist ohne weiteres verständlich, daß es der Wallstreet möglich ist, unter dieser Grenze zu bleiben, solange es in ihr Programm paßt. Rechnet man, daß in den Normaljahren jährlich eine Milliarde Mark im Tresor des Agenten bleibt, so können immerhin 5 Jahre vergehen, bevor diese Grenze erreicht ist. Die Auslandsschulden der deutschen Wirtschaft betragen mit den Juli-Emissionen (ohne politische Schulden) rund 3,6 Milliarden Goldmark. Der deutsche Wirtschaftskörper kann aber eine Schuldenlast von 10—12 Milliarden aufnehmen, sodaß die Planzahlungen, vom Finanzstandpunkt aus betrachtet, für einige Jahre gesichert erscheinen.

Gegen diese Rechnung der Wallstreet ist äußerlich nichts einzuwenden, dagegen bleibt die Frage zu beantworten, wie die deutsche Wirtschaft die Belastung tragen soll. Die Lösung ist nicht die Aufgabe unserer Reparationsgläubiger, sondern Sache des deutschen Volkes. Wir dürfen uns keiner trügerischen Hoffnung auf baldige Zahlungsverleichterungen hingeben, zumal erst in 12 Monaten das Normaljahr in Kraft tritt und unsere Vertragskontrahenten theoretische Beweise der Unerfüllbarkeit nicht gelten lassen. Es ist möglich, aber nicht sicher, daß das Hereinströmen großer Anleihebeträge und das Aufspeichern hoher Markbeträge durch den Reparationsagenten sich in gewissem Grade inflatorisch auswirken wird. Diese Frage ist finanztechnischer Natur und wird erst später geklärt werden können.

Die Revision des Dawesplans wird von der Wallstreet bestimmt werden. Darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben. Es bedeutet deshalb unnötige Kraftzerpflitterung, Zahlungsverleichterungen zu verlangen. Dadurch wird das, worauf es für Deutschland in erster Reihe ankommt, nur hinausgeschoben: die endgültige Feststellung seiner Gesamtverpflichtungen. In dieser Forderung steht das ganze deutsche Volk einmütig zusammen. Sie muß, wenn die Zeit dafür reif ist, mit größter Energie durchgedrückt werden.

Dr. Stresemann vor dem Reichskabinett

Die außenpolitische Lage.

10 000 Mann Besatzungsverminderung.

Neue polnische Kampfszölle.

Das Reichskabinett ist am Dienstag unter dem Vorsitz des Vertreters des Reichskanzlers, Dr. Geßler, zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den Stand der Außenpolitik berichtete. An der Sitzung nahmen außer Reichswehrminister Dr. Geßler nur noch die Reichsminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Reichsverkehrsminister Dr. Koch und Reichsernährungsminister Schiele teil, da die übrigen Reichsminister nicht in Berlin anwesend sind.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann teilte in seinem Referat mit, daß Briand den deutschen Botschafter in Paris bei einem Empfang benachrichtigt habe, daß die Besatzungstruppen um etwa 10 000 Mann vermindert werden würden. Es werden abgerufen 8500 Franzosen, 900 Engländer und 600 Belgier. Im Kabinett wurden diese Mitteilungen lediglich zur Kenntnis genommen. Eine Stellungnahme zu den außenpolitischen Fragen wird im Reichskabinett erst Ende September herbeigeführt werden, wenn die Ergebnisse der Genfer Tagung vorliegen.

Als weiteren wichtigen Punkt behandelte Dr. Stresemann die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Polen hat nämlich beschlossen, vom 26. Dezember ab eine Verdoppelung der polnischen Zölle im Verkehr mit jenen Ländern vorzunehmen, die mit Polen keinen Handelsvertrag haben. Dieser Beschluß ist offensichtlich gegen Deutschland gerichtet, um auf die Haltung der deutschen Regierung bei den noch immer schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen einen Druck auszuüben. Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat die Regierung in Warschau darauf hingewiesen, daß die neuen polnischen Kampfszölle von Deutschland als eine Unfreundlichkeit angesehen werden, die die Vertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern nur erschweren könne.

Abreise der deutschen Delegation.

Deutsche Anträge in Genf.

Ein Teil der deutschen Delegation, mit Dr. Stresemann und Dr. von Schubert an der Spitze, ist am Dienstagabend nach Genf abgereist. Die parlamentarischen Delegierten werden sich erst Ende der Woche nach Genf be-

geben, da ihre Anwesenheit in Genf erst vom nächsten Montag ab notwendig wird.

Vom Generalsekretariat des Völkerbundes ist ein Schreiben der Reichsregierung mit verschiedenen Anträgen eingelaufen, die sich auf die Regelung der internationalen Handelsgerichtsbarkeit beziehen. Die Reichsregierung bittet, daß ihre verschiedenen Abänderungsanträge bei der Beratung dieser Frage in der bevorstehenden Völkerbundversammlung mit zur Beratung gestellt werden.

Briand gesund.

Fährt voraussichtlich Sonnabend nach Genf.

Paris, 30. August. Wie von maßgebender französischer Seite mitgeteilt wird, sind alle Gerüchte über eine Erkrankung Briands völlig aus der Luft gegriffen. Briand besuchte gestern auf einer Automobilsahrt Le Havre und wird heute abend auf dem Absteigebankett der Interparlamentarischen Union eine Rede halten, die aller Voraussicht nach von politischer Bedeutung sein wird. Der Termin für Briands Abreise nach Genf ist noch nicht endgültig festgelegt, doch wird an amtlicher Stelle versichert, daß fürs erste der Sonnabend in Aussicht genommen sei. Die endgültige Entscheidung werde erst im Laufe des Mittwoch fallen.

Genf, 30. August. Entgegen Pressemeldungen, nach denen Briand an der am Donnerstag beginnenden Tagung des Völkerbundesrates nicht teilnehmen werde, erfährt der Vertreter der U. A. aus gut informierten Kreisen, daß nach wie vor mit der Teilnahme Briands an der Ratstagung gerechnet werden kann. Briand wird jedoch erst am Sonnabend früh in Genf erwartet, da er am Freitag an einer Sitzung des französischen Kabinetts teilnehmen wird, auf der endgültig die Verhandlungen zwischen der englischen und französischen Regierung über die Herabsetzung der Rheinlandtruppen abgeschlossen werden sollen.

Chamberlain in Paris.

Paris, 30. August. Der englische Außenminister Chamberlain ist heute nachmittag in Begleitung seiner Gattin und seines Sohnes auf der Fahrt nach Genf in Paris eingetroffen. Chamberlain wurde auf dem Bahnhof von Briand begrüßt.

Unterredung Chamberlain-Briand.

Paris, 30. August. Der englische Minister des Auswärtigen, Sir Austen Chamberlain, wurde heute nachmittag in Paris am Bahnhof vom französischen Minister des Auswärtigen, Briand, persönlich empfangen, der ihn nach der englischen Botschaft begleitete, wo eine Besprechung beider Staatsmänner stattfand.